

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. S. G. m. b. H., Halle, Berenestraße 14. Herausgeber: Otto Kilian. Anzeigenpreis: 1. und 2. Klasse je 100 Zeilen 1. und 2. Klasse je 100 Zeilen 1. Klasse im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Berenestraße 14. Tel. 1045, 1047, 215. Telegramm-Adresse: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privatbank Halle, Postfach 10054, Halle.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 3. Juni 1925

5. Jahrgang * Nr. 113

Was bringt die neue Entwaffnungsnote?

Bittere Willen für die nationallistischen Hurrabrüller

Wie aus Paris gemeldet wird, wird die neue Note Frankreichs und Englands der deutschen Regierung in Berlin-Dormstadt überreicht. Sie wird behandeln die Erfüllung und nicht erfüllten Punkten des Reparationsvertrages, ferner die notwendigen Bedingungen, kann wiederum die gemachten Konzessionen. Die Note wird fordern, daß die geheime Waffen- und Munitionsproduktion, wie sie bisher in den Besitz- und Krupp-Werken getrieben wurde, völlig befristet wird; ferner müssen mehrere Abteilungen des Wehrministeriums liquidiert werden. Die Ersatzkräfte müssen herabgesetzt werden, ebenso müssen die sogenannten Ausbildungsabteilungen, d. h. die schwarze Reichswehr, vollständig verschwinden. Die erst neuerbauten Offiziersausbildungen müssen gestrichelt werden. Die höheren Stämme, die bisher noch in der alten Armee bestanden, müssen ebenfalls reduziert werden. Die Desorganisations- und Heftungsabteilungen von Stahlhelm, Jungdeutscher Kampf und dergl. müssen sofort aufgelöst werden. Der Militärstützpunkt des Generals v. Seeckt wurde von dem Militärern als Förderung betrachtet, aber nicht aufgeführt. Bislang ließ die Reichsregierung verlauten, daß v. Seeckt zurücktreten wolle, weil er sich mit den von den Militärern aufgestellten Forderungen nicht einverstanden erklären könne. Die rechte Zurappresse fordert sogar den Militärern Hindenburg zum Zeichen des Protests gegen die neue „Reparationsnote“. Jedoch wird weiterhin die Kandidatur Losberg als Nachfolger von Seeckt aufrechterhalten.

Die Note der Militärern erklärt klipp und klar, daß die Räumung von Köln erst dann, und nur dann automatisch erfolgen würde, sobald alle diese Forderungen erfüllt seien.

Es wird dem monarchistischen Gesindel schwer fallen, diesen Schlag ins Kontor zu überwinden, denn England und Frankreich, hinter denen Amerika steht, werden sich von diesen Forderungen nicht viel abmarken lassen. Es ist aber zu erwarten, daß die nationalen Patrioten

ten auch diesmal wie beim Dawes-Pakt die „völkischen Befänge“ reiflos verraten werden.

Ausschub der Entwaffnungsnote

Paris, 3. Juni.

Am Quai d'Orsay wird erklärt, die Ueberreichung der Note über die deutsche Entwaffnung könne laut Mitteilung des französischen Reichsministers in Berlin erst am Donnerstag erfolgen, weil der Reichsminister des Auswärtigen bis dahin von Berlin abwesend ist. Der französische Botschafter in Berlin hat dem Quai d'Orsay gleichzeitig mitgeteilt, die deutsche Regierung erwidere um einen Aufschub der Veröffentlichung von Note und Anlagen, weil es nicht möglich sei, die Ueberreichung der Dokumente so schnell vorzubereiten, daß die Veröffentlichung zwölf Stunden nach der Ueberreichung erfolgen kann, wie es von der Botschafterkonferenz vorgelesen war. Man erklärt es am Quai d'Orsay für wahrscheinlich, daß die Berliner Blätter die Note und die beiden Anlagen Sonntagabend früh veröffentlicht werden.

Bekehrter Räumungsjubel

Die Räumung von Köln, die Räumung auch des Ruhrgebiets ist wie immer von den sogenannten Entwaffnungsbedingungen abhängig gemacht worden. Immer wenn irgendein Termin abläuft, der Räumung bringen soll, läuft ebenso bestimmt vorher eine Entwaffnungsnote ein, die die Räumung abhängig macht von der Erfüllung dieser Entwaffnungsnote. Die sozialdemokratische Presse hatte bereits den Himmel voller Geigen gelassen und versprochen ihren zugänglichen Lesern, daß nun das Ruhrgebiet und Köln bestimmt in Hände genommen werden würden. Sie hat immer noch nicht verstanden, daß solche Entwaffnungsnoten das Mittel zum Zweck sind, um die Räumung immer wieder hinauszuschieben. Man kann gespannt sein, wie die Deutschnationalen auf diese Entwaffnungsnote reagieren werden.

Kampf den Agrar- und den Industriezöllen!

Halle, 3. Juni 1925.

Die Zollvorlage der Luther-Regierung, die seit Wochen die Gemüter erregt, soll jetzt möglichst bald nach Witten im Reichstag durchgeführt werden und am 1. August bereits in Kraft treten. Die Zollvorlage bringt für eine große Anzahl von Industrieerzeugnissen wesentliche Erhöhungen, vor allem für Eisen, Chemikalien und Textilien. Für Agrarprodukte können hieran nichts ändern — mindestens 5 Mt. bzw. 5,50 Mt. (Doppelpfeiler) betragen muß. Das tolle Stück der ganzen Zollvorlage ist, daß auch das Haupt- und vielfach einzige Nahrungsmittel der ausgehungerten Arbeitermassen, das auch die Kartoffel einbezogen ist, d. h. daß der Profit des Zuckers „geschützt“ und der Kartoffel preis erhöht, daß die Arbeiterfamilie aber dem völligen Hungertode preisgegeben werden soll.

Das ist der Sinn der ganzen Zollvorlage: Die Kapitalisten, deren ausschließliche Vertreterin die Luther-Regierung ist, bleiben durch die Zölle vor der ausländischen Konkurrenz mit ihren teilweise billigeren Preisen geschützt, die breiten Massen aber müssen nach höherer Preise für die dringenden Bedarfsgegenstände bezahlen als bisher. Jeder Arbeiter, jede Arbeiterfamilie kann sich also ausrechnen, welche Leiden ihr vom 1. August an bevorstehen, wenn dann zu all dem Steuerdruck und zu den Mieterhöhungen auch noch die allgemeine Zollerschöpfung kommt. Auf den



Doppelpfeiler Kartoffeln z. B. 50 Pf., das ist 10 bis 12 Prozent des gegenwärtigen Großhandelspreises, entfallen!

Aber nicht einmal erst vom 1. August an, wenn sie Gesetz geworden ist, mit sich die Zollvorlage aus. Schon heute schrauben die Großagrarien und Industriebetriebe ihre Waren heraus, ähnlich noch auf die ihnen durch die Zollvorlage garantierte Preisbewilligung. Der Großhandelsindex ist nach den amtlichen Berechnungen vom 13. bis 20. Mai bereits von 131,3 auf 132,6 und bis zum 27. Mai auf 133,4 Punkte gestiegen, und zwar besonders infolge steigender Produktpreise.

Für die kommunistische Arbeiterschaft ist es ganz klar, daß gegen diese Zollvorlage, daß gegen jeden Agrar- und Industriezöll mit allen Mitteln, nicht nur mit parlamentarischen, sondern gerade auch außerparlamentarischen, gekämpft werden muß. Die kommunistische Arbeiterschaft weiß, daß nur der rücksichtslose Klassenkampf der Massenarbeiterschaft ein Ende macht und daß es kein Volks-ganges gibt, außer in einem Arbeiter- und Bauernhaufen wie Sowjet-Rußland.

Aber wie verhalten sich die Arbeitermassen außerhalb der Kommunistischen Partei, was machen die Kleinbauern, die auch nur die schlimmsten Auswirkungen der Industrie- und Agrarzölle spüren müssen.

Wie sehen sie zur Haltung ihrer Parteien und zu den Parteien, denen sie am 29. April noch wieder die Stimme gegeben haben?

Aber da zeigt sich schon gleich bei der Behandlung dieser Frage eine Schwächezeit! Die bürgerlichen Parteien stehen durchwegs nicht einheitlich zur neuen Zollvorlage, sondern fast ebenso scharf wie bei Behandlung der Aufwertungfrage geht ein Riß nicht nur durch die Reihen des Bürgertums, sondern sogar mitten durch die einzelnen Parteien.

Die deutschnationalen Junger sind für Agrar, aber nicht für Industriezölle. Sie wollen durch erhöhte Getreidepreise höhere Gewinne einstreifen, aber diese nicht aufzulassen lassen durch Preis-erhöhungen der Industrieerzeugnisse, die sie kaufen müssen. Die bürgerlichen Sozialdemokraten aber sind ungetrieben für Industriezölle, aber nicht für Agrarzölle. Ihre Interessen geschnitten werden könnten, da sie doch mit den deutschen Arbeiterschaften so schon Einverständnis auf dem Weltmarkt treiben können, ist so groß, daß Herr Edmund Stinnes, auch darin den Kapitalisten seines Waters folgend, scharf gegen die Agrarzölle Front gemacht hat.

Zürcherliches Blutbad unter der KZ in Wien

Fahjisten und Polizei gegen kommunistische Kinder 100 Schwerverletzte

(Eig. Drahtm.) Wien, 3. Juni.

Am Pfingsttag wollte die kommunistische Jugend Wien in Verbindung mit Pfingstfesten abhalten. Nachdem sie dies schon bei der Polizei angemeldet hatte, wurde von den Behörden ein Kammerhofsbesitz ebenfalls nach Wien angemeldet, worauf die Polizei kühn nach die kommunistische Kundgebung verbot. Trotzdem zogen Wiener Jugendlinge nach Wien hinaus. Als sie dort in einem Gasthof verammelt waren, richteten zwei kaiserliche Polizei und ein Gendarm mit Handfeuerwaffen an. Sie gingen mit blanker Waffe gegen die Jugendlichen vor und richteten ein entsetzliches Blutbad an. Kein einziger der Jugendlichen blieb unverletzt. Sehr viele sind schwer verletzt und zwar eine große Anzahl so schwer, daß sie transportunfähig im Krankenhaus zu Wien aufgenommen werden mußten.

Unter den Verletzten befinden sich viele Mädchen, die noch nicht einmal 14 Jahre alt sind.

Die Fahnen und Stäbe wurden den Jugendlichen geraubt. Vor dem Abmarsch aus Wien waren sie von der Polizei nach Waffen untersucht worden. Es wurde nicht eine einzige Waffe gefunden. Die Zahl der Schwerverletzten beträgt weit über einhundert.

Note Pfingsttage im Reich

Vom 30. Mai bis 1. Juni fand in Frankfurt a. O. und Umgebung der Jugendtag der Kommunistischen Jugend statt.

Rund 2000 Jungarbeiter- und Arbeiterinnen waren aus Berlin, Frankfurt, Jena, Senftenberg erschienen.

Der KJZ Jugendtag war ebenfalls sehr aufmarschier. Nach Demonstrationen, Kundgebungen, Fackelzug in Frankfurt, Abmarsch nach dem 14 Kilometer entfernten fahjistischen Mühlrose. — Provozierende, von Schupo unterstützte Fahjisten wurden geführend zur Ruhe gebracht.

Tausende Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, auch viele erkrankte Arbeiterinnen waren dem Feste der KZ Wasserlandschaft beigewohnt. Der Jugendtag in Jhesse wurde zu einer gewaltigen Kundgebung. Am Demonstrationstage zählte man mehr als 20 Fahnen. — Am Montag Marsch nach Lagerdorf. Der dortigen Gruppe der KZ wurde eine, vom russischen Jugendverband geleitete Fahne feierlich überreicht und geweiht.

Selber hat sich ein Unglücksfall ereignet. Ein Arbeiter Jungmann hat beim Abmarsch tödlich verunglückt. Eine eindrucksvolle Kundgebung auf dem Marktplatz, dem es sich ein stiller Demonstrationsgang mit Fackeln anführte, wurde zu Ehren des so plötzlich Verstorbenen veranstaltet.

Gestern fand in Stuttgart der KZ Jugendtag der KZ, trotz Polizeiverbot und Schupoangeboten unter harter Beteiligung der

Kommunistischen Jugend, des Roten Jungturm und KZB. statt. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Gestern fand in J. M. e. n. a. ein KZ Jugendtag statt mit über 3000 Teilnehmern. Hauptbeteiligung Jungturm und Frontkämpfer. Die in J. M. e. n. a. wohnenden Fahjisten ließen sich nicht sehen.

An den Gräbern der Märzgefallenen in Dinslaken und Lohberg haben am 2. Pfingsttag bei einer Kundgebung, verbunden mit Fahnenübergabe an den KZB, und Roten Jungturm, Vertreter der Bezirksleitung der Partei, Frauen und des Roten Frontkämpfer-Bundes Kränze niederlegte und ähnelnde Ansprachen gehalten. Diese Kundgebung machte einen überwältigenden Eindruck.

Der kommunistische Bürgerkrieg in England

Aus Glasgow wird gemeldet, daß trotz strengster polizeilicher Ueberwachung und sehr, zu der sogenannten Unterwelt verwendet worden, es den Genossen S. J. G. von der K. P. D. und der Genossen in Glasgow teilzunehmen. Der Vorsitzende der K. P. D., Harry Pollitt, stellte den deutschen Reichstagsabgeordneten Sieder und die Genossen Rebel dem Kongress vor. Sieder hielt eine Ansprache in deutsch und lagte: „Ich bin stolz darauf, daß ich auch trotz aller Maßnahmen dies persönlich beglücken kann. Wenn Sieder denkt, daß er eine chinesische Mauer um die Arbeiterklasse eines jeden Landes errichten kann, so wird der Erfolg nur der sein, daß die proletarische internationale Solidarität hundertmal härter wird.“ Der Saal wurde während der Rede abgeperrt. Die zwei ausländischen Genossen sind verschwunden. Die Polizei sahndet nach ihnen.

Zantoff waret in Blut

Zwei frühere bulgarische Minister, „auf der Flucht erschossen“

II. Mailand, 2. Juni.

Dem „Corriere della Sera“ wird aus Sofia berichtet, daß Minister Peter Zantoff, der im Kabinett Stambrinski in P. n. g. am 1. März 1923, die zu seinen Jahren Gefängnis verurteilt waren, beim Transport von Sofia nach einer Provinzstadt von begleitenden Polizisten durch R. e. v. o. l. v. e. r. s. h. u. l. l. e. g. e. t. worden sind. Die Polizei behauptet, daß die beiden Minister einen Fluchtversuch beabsichtigt hätten.

Zantoff und Wolff sind keine Kommunisten. Sie gehörten der Bulgarischen Stambrinski an. Ueber die Verhaftung der Kommunisten hinaus will die Zantoff-Behörde jede oppositionelle Bewegung im Blut erstickt.

Wieder 63 Todesurteile beantragt

(Eig. Drahtm.) Sofia, 3. Juni.

In dem großen Prozeß gegen die Arbeiter und Bauern haben sich vor dem Kriegesgericht 48 Personen zu verurteilen. Der Staatsanwalt hat gegen 63 Personen Todesurteile beantragt. Das Gericht hat ein Urteil noch nicht gefällt.

Sogar der bekannte deutsch-nationale Agitar-Proletar Scheing hat eingehend bewiesen, daß Agrarprolet nur zum Unheil auszuweichen muß.

Daß der gleiche Riß durch das Zentrum geht, ist bei keiner menschlichen logischen Zusammenfassung nicht unverständlich. Die **Rechte** des Sozialismus aber nicht auszuweichen unter dem Einfluß der Schwerkraft. Deshalb ist es auch die „Aktion 31. Juni“ heilig gegen die Agrarproletar und auch den kleinen Bauer zu tun, für den die Riß nicht soviel nicht viel übrig hat, indem sie ist (17. Mai):

„Der kleine Bauer ist kein Getreidebauer. In den Getreidefeldern ist er der Hauptkraft der großen Grundbesitzer interessiert, deren Arbeiterkraft durchaus proletarisch ist. Der kleine Bauer ist im Gegenteil an niedrigen Preisen für Getreide interessiert, sowohl mit Rücksicht auf den Wertpreis als auch mit Rücksicht auf die Viehwirtschaft... Der Landbau, dessen Schwerpunkt bei den großen Grundbesitzern liegt, tritt programmatisch und grundsätzlich für landwirtschaftlichen Schutz ein. Er ist der entscheidende Vertreter z. B. der Ablehnung des spanischen Handelsvertrages.“

Die **Demokratische Partei** ist ebenfalls geteilt, wenn auch der Teil, der gegen die Zolltariffrage Stellung nimmt, wahrscheinlich überwiegt. Der Teilhaber z. B. der im „Berliner Tageblatt“ sehr viel zu Worte kommt, kämpft gegen die gesamte Zolltariffrage, da er ja an landwirtschaftlichen Preissteigerungen ebenfalls Interesse hat wie an anderen Fabrikpreisen. Die Textil-fabrikanten dagegen, die ebenfalls in der Zoll-tariffrage, sind plädierten für möglichst hohe Zolltarifzölle, beläufigen dagegen den Eisen- und Stahlwaren, und eben die Agrarprolet.

Wer von der Arbeiterkraft bisher noch immer glaubt hat, daß die bürgerlichen, kapitalistischen Parteien eines anderen als reinen Klassenegoismus vertrieben, der kann anfänglich der neuen Zolltarifänderung glücklich eines anderen befehlen werden.

Und die SPD? Soeben teilte die Berliner Telegramm-Union mit, daß Max Cohen, Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates und SPD-Führer, erneut folgendes erklärt hat:

„Man muß die deutsche Arbeiterkraft endlich von einer antiquarischen Einstellung befreien. Die Landwirtschaft ist der erste und wichtigste Produktionszweig, der gefördert werden muß. Es gibt keine nationale Volkswirtschaft, wenn die Landwirtschaft nicht gedeiht. Es wäre ein politisches Verbrechen, wenn die Arbeiterkraft durch Kampfbewegungen gegen jede Zollpolitik wieder aufgegriffen wird.“

Die großparteiliche „Deutsche Tageszeitung“ drückt diese Meinung eines Sozialdemokraten natürlich mit Besagen ab. Die SPD, die die Spitze des DDBS, die infolge der anderen Mitgliederemigration der Gewerkschaften sich einen Schein radikaler gebärden als diese, machen lediglich eine Scheinopposition gegen die neuen Zolltarife. Die SPD, jammert der ursprünglichen kleinen Zolltariffrage nach, die sie eifrig unterstützt hat, die vor keine Agrar, aber Industrielle vorlieb, Industrielle, von denen auch die SPD, und insbesondere ihre wirtschaftlichen „Proleten“ ganz genau wissen, daß auch Industrielle allein Preissteigerungen nach sich ziehen und die Lebensstellungskosten der wertigen Klassen in Stadt und Land verteuern. Außerdem weiß die SPD, genau so wie wir, daß die Großpartei in der Regierungsparteien des Zentrums und der Deutschen Nationalen sich Industrielle nur gegen Agrarprolet abgeben lassen. Die Tatsache, daß Max Cohen nach vor prominenten Mitglied der SPD, in der Zolltariffrage, daß der DDBS, nur Worte macht und nach wie vor die besten Einmühen mit der SPD, heißt, die Kommunisten aber, die allein gegen jeglichen Zoll Stellung genommen haben, weiter verheißt und zu Gewerkschaftsmitteln zweiter Klasse stempelt, ist genügend Beweis für den Arbeiterverrat der Reformisten auch und gerade in bezug auf die Zollfragen.

Der ernsthafte parlamentarische und außerparlamentarische Kampf gegen die Zölle, das wäre ein ernstlicher Kampf gegen die DDBS-Regierung, von dem SPD, und DDBS, nur reden, um ihn nicht zu führen. Der Kampf gegen die Zölle ist ein wichtiger Teil des Kampfes gegen die nationale und internationale Verfallung der Arbeiterklasse, um den die proletarische Einheitsfront in Stadt und Land, unter Führung der Kommunistischen Partei, geschlossen werden muß. In Comintern-Verband ist bereits praktisch bewiesen, daß nicht Zölle, sondern die planmäßige, zentrale Regelung der Produktion im Interesse des wertigen Volkes Arbeiter und Bauern den Aufstieg bringt.

Marcel Cachins Rebe gegen den Marokkokrieg

(L.) Paris, 2. Juni. Der Kommunist Marcel Cachin erklärt, daß Frankreich und Spanien vor zwanzig Jahren Marokko unter sich aufgeteilt und England für seine Selbstentwässerung freie Hand in Ägypten gegeben hätten. Um besonderen erinnert Cachin daran, wie lauzes die Marokkopolitik charakterisiert habe. Wie könnten Frankreich und Spanien heute behaupten, daß sie mit ihren Soldaten den Frieden ins Mittelmeer tragen wollten? Habe man denn die wahren Gründe des Präsidenten Wilson nach dem Kriege ganz vergessen, durch die man allen Völkern der Welt das Selbstbestimmungsrecht verprochen habe? Dreihundert Millionen Menschen müßten in der Welt durch die Großmächte des westlichen Kapitals beherrscht. Man könne die Menschen verachten, man könne erklären, daß ihre Führer Korruptoren seien, sie aber erklären, daß ihre Lebensweise die richtige ist. Die Bewohner des Mittelmeeres, die in Alger, das Getreide ernten, das die Franzosen essen, seien eine beträchtliche Macht. Aber Briand wolle sie nicht kennen, er kenne nur Spanien. Die kommunistische Partei habe das Abkommen von 1904 nicht anerkannt. Auch lauzes habe das nicht getan. Vor allem aber müsse man bedenken, daß die Marokkofrage, die jetzt gegen Frankreich kämpften, ihren Boden verlagere. Der Vorkriegsstand möge dem französischen Volk gegen das Marokko Frankreich sei 21 Jahren an Menschen und Geld geflohen haben, und wenn dieses Marokko der französischen Republik nach kosten werde in einem Augenblick, in dem so viele Milliarden den französischen Finanzern fließen.

Cachin verleihe eine Tagesordnung der Kommunisten, in der die folgende Einstellung der Feindseligkeiten gefordert wird:

Zimmer neue Verklärungen für Marokko

(L.) Paris, 2. Juni. Aus Fez wird dem „Welt Pariser“ gemeldet, daß Marokko wieder getrennt an die Front abgezogen sei, der offizielle Bericht spreche von Verzögerungen. Die die Verantwortlichen der Blätter melden, treffen ununterbrochen verzweifelte Versuche ein, um den Kreuzer „Meh“, sowie die Torpedobote „Anarante“ und „Bauhar“ einzufangen. Allgemein besteht der Eindruck, daß eine gemeinsame französisch-spanische Aktion unternommen werde.

Nieder mit dem Krieg in Marokko!

Offener Brief der CGU, an die CGZ.

„Das Exekutivkomitee des französischen roten Gewerkschaftsbundes (CGU) richtet an den reformistischen Gewerkschaftsbund (CGZ) einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt:

Obwohl wir niemals auf die gelassenen Völk, die wir an Euch gerichtet haben, sei es, um die Kräfte der beiden Gewerkschaftsbünde zum Zwecke des Kampfes um bestimmte unmittelbare Forderungen zu verbinden, ist es um die gewerkschaftliche Einheit herauszuheben, genantet hat, jetzt das Exekutivkomitee der CGU, angesichts der großen Bedeutung der gegenwärtigen Ereignisse nicht, nochmals Eure Aufmerksamkeit auf die bringende Notwendigkeit zu lenken, eine breite Massenbewegung zum Protest gegen die Aktion zu organisieren, die die französische Regierung gegen die Republik unternimmt. Man könnte dann den wirklichen Charakter der Ereignisse in Marokko und die volle Verantwortung der französischen Regierung für dieses gefährliche Abenteuer mit Stillschweigen übergehen... Dieser neue Marokkokrieg legt die lange Reihe von Kolonialverbrechen fort, gegen die das französische Proletariat jederzeit und mit allem Rechte härtester Protest erheben hat.

Die Marokkopolitik enthält nur aber Augen ihren Charakter als einen Krieg im großen Stil. Die antiken Mitleidungen, die von der Presse aller Richtungen veröffentlichte Kommentare lassen über seine Dauer, seine Zielsetzung, die Opfer an Menschenleben, die er fordert, und über seine politischen und finanziellen Folgen keinen Zweifel aufkommen.

Getreu den revolutionären Grundsätzen, die sie befehlen, fordert die CGU, alle revolutionären Organisationen, Gewerkschaften, Verbände und Bezirksorganisationen und letzten Endes das gesamte Proletariat auf, sofort eine allgemeine Protestbewegung gegen den Marokkokrieg und gegen andere verantwortliche Aktionen einzuleiten.

Die Marokkopolitik bedeutet nicht nur, sich an den imperialistischen Rängen der französischen Regierung mitschuldig machen, die in dieser Hinsicht von allen Parteien der Reaktion unterstützt wird, bedeutet nicht nur, sich an dem finanziellen Bankrott mitschuldig machen, der darauf folgen wird, was an den diplomatischen Konflikten, die sich daraus ergeben, sind darüber hinaus, sich an dem Tode von Tausenden von Soldaten mitschuldig machen, die von der imperialistischen Regierung gezwungen werden, ein Werk zu vollbringen, das das Proletariat mit Entrüstung zurückweisen muß und daß jeder revolutionäre Arbeiter lauzesulernen beibringt sein muß.

Schweigen bedeutet, sich an der Überhebung der Republik-tätigkeit mitschuldig machen, die für ihre Freiheit und ihre Gerechtigkeit kämpfen.

Der imperialistische Charakter des Marokkokrieges, ebenso wie seine verheerenden und gefährlichen Folgen, widersprechen so sehr dem gesunden Klassenbewusstsein der Arbeitervölker, bedeuten auf der anderen Seite einen so schrecklichen Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker — ein Recht, das von der Regierung anerkannt und von jeder Organisation verteidigt wird —, daß selbst im Falle einer Curer Organisation letzterer Protest zum Ausdruck gebracht wird.

Die CGU, nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem wackeren Protest der reformistischen, z. B. Gewerkschaftsorganisationen der Appartements-Große, Haus-Franzosen und Maren gegen den Marokkokrieg und die Regierung. Aber es ist klar, daß dieser Protest um so schneller einen allgemeinen und entscheidenden Charakter annehmen wird, wenn die beiden Gewerkschaftsverbände öffentlich und geschlossen eine einheitliche Aktion unternehmen.

In diesem Sinne macht das Exekutivkomitee der CGU, Euch den Vorstoß, in ganz Frankreich gemeinsam eine breite Propagandakampagne und öffentliche Arbeiterdemonstrationen zu veranstalten mit folgenden Parolen:

Soliderer Frieden mit den Afrikanern!
Militärische Ausrüstung Marokkos, was sie seit jeher von der CGU, gefordert wurde.

Der Zentrale-Prozess auf Oktober verschoben

Die bürgerliche B.-S.-Korrespondenz meldet unter der Überschrift: „Der Prozess gegen die Zentrale der SPD.“ Erweiterung des Anklagematerials.“ Der Prozess gegen prominente Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei, der ursprünglich noch im Mai abgemacht werden sollte, muß nun auf Oktober dieses Jahres verschoben werden. Die Vertagung war notwendig, weil die Reichsanwaltschaft das Material, das sich im „Tichau“-Prozess ergeben hat, zum Teil gegen die angeklagten kommunistischen Führer verwenden will. Aus diesem Grunde ist möglicherweise auch mit einer Erweiterung der Anklage zu rechnen.

An verklärter Ede

Die EU, Groß-Berlins für die rote Fahne

An verklärter Ede, wie ein Mauerhühner im Verborgenen, bringt der „Vorwärts“ unter der Überschrift „Rot und Schwarz-Gold“ folgende interessante Mitteilung der Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Groß-Berlins vom 24. Mai:

Auf der Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Groß-Berlin am 24. Mai wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Die Generalversammlung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend Groß-Berlin erklärt im Nachhinein der gemeinsamen politischen Aktion mit der Sozialistischen Arbeiter-Jugend der demokratischen Republik gegen Angriffe der Reaktion zu schätzen.“

Sie betont aber nachdrücklich, daß das Symbol unseres sozialistischen Willens die rote Fahne ist, und fordert alle Mitteilungen sowie den Bezirksvorstand auf, bei allen Veranstaltungen und Aushebungen die rote Fahne in erster Linie zu zeigen und ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rufen.“

Der „Vorwärts“ als Zentralorgan der SPD, hält somit immer große Stücke darauf, möglichst aktuell zu sein. Es hat aber eine ganze Woche gedauert, bis er sich entschloß, auf diesen Beschluß der UJ von Groß-Berlin zu veröffentlichen. Man wird ihn heilig auf die Finger geklopft haben, bis er endlich diese Zeilen veröffentlicht hat. Die Differenzen, die da unter den Sozialisten sich abspielten, haben mich schon im ungetrübten Verständnis um das hiesige Aussehen dieser kleinen Klotz. Die Kommunisten begriffen jedes Erwachen des Klassenkampfes, auch wenn er sich in noch so bescheidenen Form an das Tageslicht hat. Wenn die Frage der Reichsanwaltschaft in einer Abstimmung auf werden sollte, wird es die Aufgabe der Kommunisten sein, daß der Kampf nicht um Schwarzgold und Schwarzrotgold führen geht, sondern daß als dritte Farbe die rote Fahne des Klassenkampfes von den Kommunisten aufgeführt wird. Und sind der festen Überzeugung, daß Millionen von sozialdemokratischen Arbeitern bei dieser dreifachen Fragestellung nicht zweifeln werden, die rote Fahne immer noch als die ihrige anzusehen und ihr die Stimme zu geben.

Hillers letzte Etappe

Der Bankrott der nationalsozialistischen Bewegung schreitet un-aufhaltsam vorwärts. Die „reinen“ Nationalsozialisten machen alle Anstrengungen, um die letzten Reste ihres Fiktions beizubehalten. Sie wollen eine bürgerliche Sozialdemokratie, um die sie ein Aufrechterhalten der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei darauf hin, daß unbedingt ein Kennzeichnungsgesetz gegeben werden müßte zwischen all denen, die sich zwar als bürgerlich und sozial gebärden, es aber in Wirklichkeit an der inneren Wurzelnhaftigkeit fehlen. Die Gründe für diesen Entschluß hat Hiller auf der vor einig Zeit in der „Tageszeitung“ veröffentlicht. Die Kennzeichnung und den nationalsozialistischen Volksbundes in München habe die für

liche Erneuerung und Reinigung nicht erreicht. Weiter hatte sich Hiller gegen den „barrischen Nationalismus“, die „jammerevolle Politik der Nationalisten“ und gegen das Jubelrum geäußert. Sein neues Programm hielt erhöhte Verarmungsmaßnahmen, regte Agitation und Propaganda von Mann zu Mann, Einbringen in die Bewegung, fruchtige Vererbung von Streitigkeiten mit einzelnen Sozialdemokraten und Kommunisten, u. a. m. vor. Die Tage des September 1923 müßten wieder lebendig werden. Im August soll ein Parteitag stattfinden, der eine Veränderung der Statuten und des Programms bringen soll. Außerdem soll Hiller demnächst „neue Informationen eine nationalsozialistische Partei antreten“, über deren Verlauf die Ortsgruppenleiter vertraulich unterrichtet werden. Auch diese letzten Kernmaßnahmen werden den Untergang der nationalsozialistischen Bewegung nicht verhindern.

Genosse Hans Stetter verhaftet

Mannheim, 2. Juni. Gestern mittag wurde in Mannheim der frühere Reichstagsabgeordnete Hans Stetter aus Stuttgart in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Kerker verhaftet ohne Angabe von Gründen.

Neue Offensive gegen die westfälischen Bauarbeiter

Bochum. Die Hütten- und Maschinenindustrien und der Zechenverband des Ruhrgebietes besitzen ein einheitlich beschlossenes, sämtliche Bochum sofort für 11 Tage gegen die Arbeiterbewegung Bochum teilzuhaben folgendes mit:

„Die verarmten Vertreter der Hütten- und Maschinenindustrien Bochum sowie der Ortsgruppe des Zechenverbandes Bochum erklären die Löhne im Ruhrgebiet, wie sie sich nach der jög. Vereinbarung von Berlin vom 22. Mai ergeben, für untragbar.

Wie festgestellt wurde, liegen sie in den wichtigsten Arbeiterkategorien 60 bis 100 Prozent über dem ursprünglichen Lohn in einer jüdischen Gruppe sogar 175 Prozent darüber. Bei der schlechten wirtschaftlichen Lage der Industrie sind die bisherigen Löhne aber schon nicht mehr tragbar, so daß das bestehende Lohnabkommen gekündigt und ein neues provisorischer Lohnabkommen gefordert werden muß. Aus diesem Grunde legen die Hütten- und Maschinenindustrien und der Zechenverband die Forderung vor, die genannten Verbände unverzüglich ihre sämtlichen Bauen teil zu geben.

Der Dortmunder Generalarbeiter erklärt dazu, daß sich sämtliche Ortsverbände des Arbeitgeberverbandes Nordwest sowie der Zechenverband bzw. der bergbauliche Bereich diesem Beschluß gleich nach Billigen anschließen werden.

Dieses Vorgehen der Hütten- und Metallindustrien gegen die Bauarbeiter teilt Hand in Hand mit ihrer Lohngruppenoffensive gegen die Metallarbeiter. Die westfälische Arbeiterkraft ist in großer Erregung.“

Weitere Stillelegungen im Ruhrgebiet

Essen, 3. Juni. Von der Stillelegung fünf neben den Kohlen-zechen des südlichen Ruhrgebietes im Ruhrgebiet nunmehr auch eine eigene Eisenbahn der Steigerer Weiers erklärt worden. Weiter der Grube „Elsener Spä“ die zum Schiffs-Konzern gehörende Grube „Glasport“ außer Betrieb gesetzt worden. Am Grund wird die Höhe der Herstellungsstellen angegeben.

Gelsenkirchen, 3. Juni. Am Dienstag haben die Stimmenswerte aller Bauarbeiter bestätigt. Ihrem Beispiel sind sämtliche Bergbau- und Montanbetriebe des Bochum-Gelsenkirchen- und Dortmunder Bezirkes gefolgt.

Samborn. Infolge der anhaltenden Misstände haben sich die Gewerkschaften „Friedrich Höpfer“, „Lobberg“ und „Rein“ 1., die auch zum Schiffs-Konzern gehören, beratend, zum 15. Juni 3000 Beamte und Arbeiter zu entlassen, weil die Förderung bedeutend eingeschränkt werden muß.

Eine offizielle Resolution der Labour Party gegen die Rußlandhege

„Daily Herald“ meldet: Der Nationalrat der Unabhängigen Arbeiterpartei, der am Sonnabend in London zusammentrat, nahm eine Resolution an, die folgende lautet: „Wir erklären, daß wir die Möglichkeit einer unabhängigen Abstimmung des Handels zwischen England und Rußland und für die Berechtigung der britischen Firmen, sich damit zu befaßen, spricht, ist der Fortschritt aufgeschoben worden 1. durch die Verweigerung von Krediten an britische Firmen, die mit Rußland Handel treiben, unter dem Handelsvertragsverhandlung und Transportverbot, ferner durch die offensichtlich damit in Einklang stehenden Bestimmungen, in der Presse und von Seiten der Regierung, eine Atmosphäre des Verdachts und des Hasses zwischen diesen beiden Völkern zu schaffen.“

Ob diese Kampagne nun ein überlegtes Beispiel für eine gemeinsame Aktion der europäischen Regierungen gegen Rußland ist oder nicht — die UJ, dringt darauf, daß es möglich ist, für das englische Volk die Gefahren zu erkennen, die bedrohlich mit diesen offiziellen und halb-offiziellen Angriffen auf eine befreundete Macht heraufbeschworen werden.

Die Arbeiter Englands — schließt die Resolution — haben absolut keinen Grund, mit den Reichern Rußlands zu freieren, und sie müssen Schritte unternehmen, um diesen Untergrabungen unserer Nationalität entgegenzutreten, die Rußland zu unserem nächsten Weltfeind machen wollen, und sie müssen auf engerer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen mit der russischen Republik bestehen.“

Österreichische Kriegsteilnehmer wandern nach Rußland aus

Wien, 2. Juni. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, hat die Vereinigung ehemaliger Kriegsfänger, die zum Teil als Kriegsgefangene jahrelang in Rußland gewesen sind, eine Auswanderungsgesellschaft gegründet, und diese will demnächst zum ersten Male 600 Menschen zur Umsiedlung nach Rußland schicken. Die der „Morgen“ meldet, will die russische Regierung 6000 Tsd. Land in der Nähe von Orenburg an diese Gruppe von Kriegsfängern zur Verfügung stellen. Die Kriegsfänger, die eine Anzahl haben, sind in Wien gesammelt, damit sie das nötige Geld für die Reise sammeln können. Die 600 Arbeiter haben bereits viel Kapital zusammengebracht, daß sämtliche notwendigen Maschinen bereitliegen. Am übrigen fehlt es ihnen aber noch an Geld. Rüst 10 Millionen Kronen haben sie aufgebracht. Weitere fünf Millionen Kronen, also 300 000 Mark, sind noch nötig.

Klassenkämpfe in China Solidarität der chinesischen Truppen

Tempel, 2. Juni. Die „Wolfsche Zeitung“ meldet: Der Streik chinesischer Arbeiter in japanischen Spinnereien griff in den letzten Tagen von Tsingtau auf Schanghai über und ist zu einem regelrechten Aufstand angewachsen. Bei einem Streik an die Arbeiter, bei dem ein Volk durch Steinwürfe getötet wurde, sind am Sonnabend und Sonntag 16 Chinesen getötet und zahlreiche andere schwer verletzt worden. So die chinesischen Truppen sich teilweise melierten, gegen die Streikenden vorgehen, wurde in der Fremdenzone ein Selbstschutz eingerichtet.

Gewerkschaftsbewegung

Durchbrechung des Nachtbrotverbots

Der internationale Bäckereiarbeiterkongress, der am 30. März in Stuttgart tagte, hat erneut alle die der Bäckereiarbeiter-Internationalen angehörenden Organisationen zur energischen Arbeit für Durchbrechung oder Aufhebung des Nachtbrotverbots verpflichtet und in seinem Manifest an die Bäckerei- und Konditoreiarbeiter aller Länder bombastisch gefordert:

„Wir unserer Forderung (Nachtbrotverbot) stehen nicht allein, die gewerkschaftliche und sozialistische Arbeiter-Internationalen verpflichtete alle angehörenden Organisationen, für unsere gerechte Forderung einzutreten und die Regierungen aller Länder zur Ratifizierung der Genfer Konvention zu zwingen.“

Die preussische Regierung **Bismarck**, die auf Gnaden eines Teiles der Schmierhülle nach einigem 4. Juni, dem Handelsminister Schäfers begründet diese Maßnahme mit angeblich zahlreich eingehenden Anträgen auf Verhinderung des Arbeitsbeginns von 6 Uhr morgens auf 5 Uhr, damit bereits am frühesten Morgen frische Backwaren zu konsumieren sei. Die Anwesenheit und Anwesenheitsdauer sollen als Gegenleistung für die Durchbrechung des Nachtbrotverbots für eine genaue Einhaltung der vorgeschriebenen Betriebszeiten zwischen 10 und 5 Uhr nachts liegen. Eventuell sollen sie auch einen Austausch von Arbeitstätten vorsehen, um den Arbeitern die Möglichkeit zu geben, eventuell Betriebsferien zu übernehmen und ihr persönliches Erhalten zur Arbeit um 5 Uhr morgens zu sichern.

Diese Verfügung bedeutet praktisch die Wiederführung der Nachtarbeit, denn die vielen Kleinbetriebe im Bäckergewerbe, die ganz verschiedene technische Einrichtung der Betriebe bringt logischerweise mit sich, daß die Unternehmer ihren Konsumstempel auf Rollen der Arbeitszeit der Bäckereiarbeiter und damit auf Rollen der Gesundheit und des Lebens ihrer Arbeitergruppe führen werden.

In tausenden Fällen ist der Arbeiter auf stundenlangen Nachtarbeiten zu Fuß oder nach gewonnenen, damit er rechtzeitig an seinen Arbeitsstelle eintrifft. Er wird es deshalb sehr bald vorziehen, wieder auf dem Nachtag in der Fabrik des Unternehmers oder in sonst einem Winkel des Betriebes zu nächtigen. Das bedeutet, eine außerordentliche Verschlechterung der hygienischen Verhältnisse in den Bäckereibetrieben, denn gerade die feinsten Betriebe, die technisch am höchsten ausgerüstet sind, werden, um funktionieren zu können, die Arbeitszeit auf weitere Stunden ausdehnen, sie sind es aber auch, die über die engsten Räumlichkeiten und über die schlechtesten hygienischen Einrichtungen verfügen.

Die deutschen Bäckereiarbeiter führen seit Jahren den energigsten Kampf gegen die Wiedereröffnung der Nachtarbeit. Da jedoch an der Spitze ihrer Gewerkschaftsorganisation, dem **Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverband**, Reformisten stehen, sind alle bisher durchgeführten Maßnahmen infam und unzulänglich. Sogar die Bäckereiarbeiter-Internationalen als die Leistung des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes ermeden durch ihre Publikationen, Aufsätze und Reden Wälfionen unter den Bäckereiarbeitern über die angebliche Hilfe des **Internationalen Arbeitsamtes**. Anlaß für den wütenden Kampf der Arbeiter gegen die reaktionären Maßnahmen der Regierung zu organisieren, die Erhaltung oder Erhöhung des Nachtbrotverbots als eine Frage des Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit zu stellen, verhandelt sie mit Vertretern der kapitalistischen Regierungen im Internationalen Arbeitsamt und erklärt, damit die Interessen der Bäckereiarbeiter gesichert zu haben. Aber nur der eigene Kampf der Bäder gegen die Unternehmer, die Erzeugung jeder Art Arbeit, führt die Kampfrufe für das Bäckereiarbeiter. Für die deutschen Bäckereiarbeiter gilt es zu kämpfen:

Gegen alle Wälfionen auf die Hilfe des Arbeitsamtes bei Bekämpfung des Nachtbrotverbots;

für den engen Kontakt mit den Genossenschaften und allen Klassenorganisationen der Arbeiterklasse;

für die Stärkung des Deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes und für Ausrichtung einer revolutionären Führung in denselben;

für die geschlossene Bezeichnung jeder Arbeit in der Zeit zwischen 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

Gründung einer nationalen Gewerkschaft der Eisenbahner

Im zweiten Völkeringtag traten die nationalen Eisenbahner zu einer Tagung zusammen, um die Gründung einer nationalen Eisenbahnergewerkschaft vorzunehmen. Zum Vorsitzenden der Gewerkschaft wurde **Wittenmeier** gewählt. In einer Entschließung heißt es, das Ziel soll sein: nationale Freiheit des Berufsstandes, nationale Freiheit der Eisenbahner und nationale Freiheit des deutschen Volkes. Hierzu gehört die Befreiung der Kriegsgeldfrage. Die Verarmung fordert höchste Befreiung des Sozialismus und des Kommunismus. Die Entlassung Klingt in der Forderung aus: Die deutsche Eisenbahn dem deutschen Volke. Ferner wurde beschlossen, mit den deutschen Kollegen in Kassel und im Saargebiet und in Österreich in Verbindung zu treten. An die deutsche Verkehrsministerin in Wien wurde ein entsprechendes Telegramm abgefaßt.

Anschluß der chinesischen Gewerkschaften an die I. O. Z.

In einer Sitzung vom 3. Mai hat der 2. Völkeringtag der Gewerkschaften, der in Kanton abgehalten wurde, einstimmig beschlossen, sich der roten Gewerkschaftsinternationalen anzuschließen und somit in die Reihen der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Der Kongress war von 285 Delegierten besetzt, die etwa 450 000 organisierte Arbeiter vertreten. Die ebenfalls in Kanton am 1. Mai eröffnete Bauernkongress hat sich ebenfalls der roten Bauern-Internationalen angeschlossen. Die Konferenz begrüßt die Arbeiter und Bauern Bulgariens, die gegen ihre Fiktionregierung kämpfen.

Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr, eröffnet der

Circus Carl Hagenbeck

sein kurzes Gastspiel in Halle auf dem Gelände der ehemaligen Gasanstalt an der Krausenstraße

Vorstellungen abendlich 8 Uhr, Sonnabend und Sonntag auch 3 Uhr nachmittags mit überfülltem Programm. Kinder unter 14 Jahren halbe Preise

Bon 10—1 Uhr Tierchau und Fütterung der Haustiere

Eintrittspreise: Mk. 0,80 1,50 2,20 3,00 4,20 und 5,50 einschließlich Steuer

Vorverkauf: Circustassen und Steinbrecher & Jasper, Marktplatz 1. — Fernruf 6369

Straßenbahnhaltestellen: Linien 1, 4 und 5 (Walballa-Theater), Linie 6, Berliner Straße (Ecke Friesenstraße)

A. B. Z.

Veranstaltungen für Halle-Merkerberg
Karten a. Kasse, Merkerbergstr. 14, Fernruf 1473 — Volleinsichtungsbeleg 107 001.
Karten a. Kasse, Merkerbergstr. 14, Fernruf 1473 — Volleinsichtungsbeleg 107 001.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Am Freitagabend 8 Uhr in der bekannten Halle des **Reinhold-Sportplatzes** in Jena. Die Gesellen haben die Pflicht, zu erscheinen.
Wittenberg. Große Familienfeier am Samstag, abends 8 Uhr, im Hotel **Freuenberg**. Um 7 Uhr findet eine Begrüßung statt. Alle Gesellen und Geselleninnen haben persönlich zu erscheinen.
Wittenberg. Familienfeier am Sonntag, abends 8 Uhr, im Hotel **Freuenberg**. Um 7 Uhr findet eine Begrüßung statt. Alle Gesellen und Geselleninnen haben persönlich zu erscheinen.

Unterstützt Wittenberg-Naumburg-Zelle
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Veranstaltungen des „Aoten Frontkämpfer-Bund“

Mein Tag in Halle. Für die Ortsgruppe Halle ist die Beteiligung an der **Mein Tag in Halle** am 14. Juni Pflicht. Die Ortsgruppe Halle ist die Beteiligung an der **Mein Tag in Halle** am 14. Juni Pflicht. Die Ortsgruppe Halle ist die Beteiligung an der **Mein Tag in Halle** am 14. Juni Pflicht.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Unterstützt Halle-Gesellschaft
Freitag, abends 8 Uhr, in der **Salzburgerstraße**.

Stadt-Theater

Galante Nacht
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Freier Wassersport-Verband Halle

Alle Bäder
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Treibriemendeckel

J. Sternlicht
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Gewissenhafte Austräger

Herren- u. Damen-Frisierkabin
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Belanntmachungen

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Jede Druckfahse

immer noch
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

das beste

Werbungsmittel
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Bezirkskonsumverein Weißentels-Naumburg e. G. m. b. H.

Generalversammlung
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger (in)

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Größte Leistungsfähigkeit

Federbetten, Bettfedern
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Zeitungssträger

Zeitungssträger
Freitag, abends 7 Uhr, im **Reinhold-Sportplatz**.

Halle und Saalkreis

Am Freitag, dem 4. Juni, abends 8 Uhr, findet in nachfolgenden Lokalen

Oberbezirksversammlungen

Oberbezirk Norden: 'Vollspart'. Oberbezirk Westen: 'Produktiv-Genossenschaft'. Oberbezirk Osten: 'M. Weber, Flugplatz'. Oberbezirk Mitte: 'Goldene Kette'.

Die Ortsleitung.

Aufführung des Männer-Schauspiels von Bertolt Brecht

Der grote Teil der revolutionären Arbeiter von Halle hat infolge der schließlichen wirtschaftlichen Lage die Fahrt zum Männer-Tag nach Giesla nicht mitmachen und infolgedessen die erhebende Aufführung des gewaltigen Massenstaupiels 'Thomas Männer' von Bertolt Brecht nicht leben können.

Das Mngeltief der Armen

Dem Polizeibericht entnehmen wir folgende Meldungen: Am 31. Mai, gegen 5 Uhr vormittags, wurde auf den Schienen der Eisenbahnstrecke Halle-Saalfeld ein 57jhriger Arbeiter aus Leipzig tot aufgefunden.

Severings Geburtsstag

Der Polizeimitarbeiter Severing feiert in diesen Tagen seinen hundertsten Geburtsstag. Da muß natürlich das 'Vollstaft' der bürgerlichen Zeitungen schreiben auch anerkennende Worte für ihn, und sie bleiben wenigstens bei der Wahrheit.

Prolet vor Gericht

Siet Du in dem Menschengant? Die da mun Dich strafen. Du bist milde, bleich und krank; Die sind voller Tatenbrang, lach und ausschlagend.

In der Mitte der mit Bart haart mit kurzen Frngen. Auf die schimmliche Lebensart derst Du nur nichts sagen. Spigiel kann mit Vorbesicht unter Schuch erscheinen.

Hocherrzt und Haidener. Kommt Du heut nach Hau? Die Zucht-AG macht jetzt Krftigungsplne. Vier Jahre Judthaus, 'Abfhen den...'

In Hellen bricht man Euer Leben für etwas, das Ihr niemals laßt; Für Freiheit mt Ihr Tten flehen, ein Gefängnis ein Vollstaft.

(Dies Gedicht erschien in der bürgerlichen Zeitschrift 'Die Welt'.)

Severing war es, der den 11. Mai im vorigen Jahre erlaubte und den Arbeitern verbot.

Severing trägt die Verantwortung dafür, daß in Hllberg vier Arbeiter den 11. Mai mit ihrem Leben bezahlen mußten. Severing schlug zwar im Landtag hohe Töne an gegen die höllische Geheimbnde, und die Feme der Sparing-Wimmels.

Ob Severing zu Recht nicht für Verurteilung an seine Strafe verurteilt werden sollte, das wird die Geschichte entscheiden.

Arbeit im Freizeigewerbe. Durch Verfügung des Herrn Regierungsrtten in Merseburg vom 15. Mai 1925...

Proletarische Kräfte. Heute abend pfeiflich 8 Uhr im Restaurant 'Goldene Kette'.

Feuer in Giebelsheim. Am 2. Juni gegen 1/2 Uhr mittags wurde die Feuerwehr nach der Burg Giebelsheim gerufen, woselbst in einem Keller der Knigberger Hof ein Feuer ausgebrochen war.

Männer-Sonntag nach Hofel am 5. Juni. Schon am 5. Juni verkehrt ein Sommer-Sonntag Berlin-Bafel mit Einsteigen in Hllberg.

Arbeiter-Sport. Arbeiter-Sport, Donnerstag, dem 4. Juni, auf dem Hllbergplatz.

Arbeiter-Sport. Arbeiter-Sport, Donnerstag, dem 4. Juni, auf dem Hllbergplatz.

Arbeiter-Sport. Arbeiter-Sport, Donnerstag, dem 4. Juni, auf dem Hllbergplatz.

Aus der Jugendbewegung

Kommunistische Jugend, Dreisgrube Halle. Freitag, dem 5. Juni, findet unsere Generalsammlung statt.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sport, Donnerstag, dem 4. Juni, auf dem Hllbergplatz.

Stadttheater

Vert. Schiff; 'Der Bankrott' (Uraufführung).

Zweifel fllt mit einer Komodie nicht an der Dichter verliert, sondern auch die Mnne, die sie zur Aufführung bringen.

Schauspiel des Arbeiter-Theaters

Alexander Tatroff, der Leiter der Arbeiter-Kammertheater, hat die Weisung erhalten, die Aufführung des 'Bankrotts' zu unterbrechen.

Aus der Provinz

Die fälligen Selbstmorde in der Schuppolizei

Am 13. Mai erhängte sich der 29jhrige Ledige Polizeiwachmeister Hans Kuchel aus der zweiten Bereitschaft, Polizei-Inspektion Wedding, mit seiner Dienstwaffe.

Die gewerkschaftliche Organisation der Polizeibeamten, der Schreiber-Verband und ihre Spitzenorganisation, der DSB, sollten sich endlich mit etwas mehr Mut für die Lebensinteressen ihrer Mitglieder einsetzen.

Merseburg-Querschnitt

Merseburg, 'Rote Hilfe'. Donnerstag, dem 4. Juni, abends 8 Uhr, in der 'Jugendburg'.

Schwarz. Sozialdemokraten wählen 'Christlich'! Am Mittwoch tagte der Ortsrat.

Die 'Christlichen' shigen überall Männer. Die Sozialdemokraten machten überhaupt keinen Vorstoß.

Weiskensfels-Kaumburg-Zeich

Warum schreibt der Zeiger 'Vollstaft' nichts über den Berratt der Sozialdemokraten im Reich und in Sachsen?

Man schreibt uns aus Zeitz: Am 9. Juni hat der Zeiger 'Vollstaft' zur Hand nimmt, so kann man bei 99 von 100 Fällen garantieren.

Man sollte annehmen, daß die Redakteure des 'Vollstafts' als 'Linde' Sozialdemokraten noch mindestens in ihrem Bilde ihren Standpunkt frlegen, und zum Ausdruck bringen wären, wie sie die 'Linde' sehen.

zu schaffen. Er verlor sein Ziel ohne Strupel und die Tradition. Der Schreiber der Bierette, den das Gaspil des Postauer Kammertheaters am Hingunglunag brachte, zeigt nicht das ganze Ausmaß seiner fähigen Phantasie.

Neue Arbeiter-Literatur

'Jugend-Internationale' Nr. 8/9, 6. Jahrgang. Aus dem Inhalt: Sinowjew: Ueber die Aufgaben der RZ, und der RAB in Verbindung mit der Erweiterten Exekutive der RZ.

Der 5. Kreis des NSB. gegen den Bundesvorstand

Raum hat der aus 40 Delegierten und 36 Bundes- und Kreisvertretern zusammengesetzte Bundestag seine Arbeit beendet. Kommt nun die erste ernste Sitzung, die sich gegen die Politik der reformistischen Bureaucratie im Arbeiter-Sport-Bund erhebt. Zum Bundestag kammer die reformistischen Praktiker die Opposition fernhalten. Dort kam nicht der Wille der Mitglieder zum Ausdruck. Nicht nur Kommunisten, sondern auch Sozialdemokraten und Parteiloze haben auf dem Bundestag gegen die sozialdemokratisch-diktatorische Handlungsweise des Bundesvorstandes protestiert und reifen vorzeitig zum Bundestag ab mit der Begründung, daß sie ihre Zeit nutzbringender verwenden können, als die fertige Arbeit des Bundesvorstandes entgegenzunehmen.

Mit vollem Recht können die Delegierten auf der Tagung des 5. Kreises, die am 9. und 10. Mai in Duisburg stattfand, sagen, daß wenn der Bundesvorstand weniger SPD-Parteilichkeit und mehr Arbeiterinteressen vertritt, sofort die große Mehrheit im NSB befreit ist. Der Bundestag beschloß Austritt aus der NSB. Der 5. Kreis aber beschloß die Erneuerung des repräsentativen Ausschusses an die NSB. Als Kreisvorsitzender wurde wieder ein Kommunist gewählt. Rheinland-Westfalen ist und bleibt der revolutionäre Plonier im NSB, und die Kreisleitung der Vertreter von Ruhr und Rhein hat den Kreisführer und Genossen eine gehörige und wohlverdiente Badespise als Antwort auf ihre verbitterte Politik verabreicht.

Ehe Rede des NSB, muß ebenso wie der 5. Kreis auf dem Wege sein, sich für die NSB, entgegenzusetzen und sich für die Vereinigung mit dem proletarischen Gesundheitsdienst einzusetzen.

Luzerner Sektionen für Einladung der NSB. zur Frankfurter Olympiade

Nicht nur die Mitgliedschaft der deutschen Sektion der Luzerner Sport-Internationale, sondern auch andere Sektionen haben wiederholt die Einladung der NSB nach Frankfurt a. M. gebilligt. Die Schweizer, Italiener, Belgier, Holländer haben in dieser Richtung wiederholte Beschlüsse gefaßt. Im meisten hat Hinblick auf die Einheit in Frankfurt a. M. ausgesprochen, ohne bei der Bureaucratie mehr wie Nebenansatz zu erzielen. Jetzt hat die finanzielle Situation einen Aufbruch an ihre Mitgliedschaft erlaubt, den wir der besten Mitgliedschaft der Arbeiterportbewegung unterbreiten.

Auf der Sitzung des Verbandes des Arbeiterport-Bundes Hinsinnan an das arbeitende Sportvolk unseres Landes.

Auf zur kritischen Arbeit für die Befestigung des Einheitsgeistes der Mitglieder unseres Verbandes und zur Einmündung für die Weltspiele zur Frankfurter Olympiade!

Die Großkampfe der Arbeiterportler nahen. Es sind nur noch drei Monate, die der Vertreter unseres Verbandes bereit sein müssen, sich auf die Reise nach Frankfurt a. M. zu begeben. Unser harter Verband braucht eine starke Vertretung. Man hat gerechnet, daß unsere Mitgliedschaft, um den Kraftverhältnissen unseres Verbandes zu entsprechen, insgesamt etwa 1500 Sportler und Turner umfassen soll. Die Werbung einer so großen Mitgliedschaft fordert viel Geld. Man hat schon eine längere Zeit für die Reise gesammelt, und die Erhebung ist erfolgreich voll. Jedoch fehlt an der gesamten Kasse noch eine bedeutende Summe, und zu ihrer Fällung müssen die Arbeiterportler jetzt alle Kräfte anspannen. Niemand darf belächelt werden.

In Bezug der Anteilnahme an der Frankfurter Olympiade, haben die Arbeiterportler unseres Landes Gründe zur Unzufriedenheit. Der Beschluß der Internationale entspricht nicht unserem Standpunkt. Laut diesem Beschluß hat man das Recht zur Anteilnahme an den Kämpfen der Mitglieder der anderen internationalen Arbeiterportorganisationen, der Roten Sport-Internationale, abgelehnt. Unsere einseitige Überzeugung ist die gewesen, daß zu den Kämpfen alle Arbeiterportler der Welt eingeladen werden sollen. Wenn der Beschluß des Bureaus der Luzerner Sport-Internationale in Kraft tritt, werden die Kämpfe nicht die Sammlung aller Arbeiterportler sichern, und auch nicht die Bedeutung eines solchen Demonstrationen gegen die bürgerliche Sportbewegung haben, als wenn das Recht zur Anteilnahme allen Arbeiterportlern offenstehen würde. Vom Standpunkt der Einheit der Arbeiterportbewegung, sowohl national, wie international, ist es unbedingt notwendig, daß alle Organisationen der Arbeiterportler der ganzen Welt zur Olympiade eingeladen werden. Auch rein sportlich ge-

nommen, verlieren die Kämpfe viel, wenn vom Kampfsfeld Organisationen ausgeschlossen bleiben, die gute Arbeiterportler schicken könnten.

Doch man nicht alle Arbeiterportler zu den Kämpfen eingeladen hat, hätte zu ernsthaften Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern unseres Verbandes. Man hat die Veränderung des Beschlusses der Internationale in der Richtung gefordert, daß die Kämpfe für alle Arbeiterportler offen sein sollten. Die Leitung unseres Verbandes, die Verbandzentrale, hat gemäß der Meinung der Mitgliedschaft unseres Verbandes für die Veränderung des Beschlusses gearbeitet. Der Standpunkt unseres Verbandes ist auch hinsichtlich des Sportes vollständig richtig, und zwar deshalb, weil bei der Anteilnahme aller Arbeiterportler die Kämpfe den Kräfteverhältnissen der internationalen Arbeiterportbewegung besser entsprechen würden. Der Verband hat billigt die bisherigen Maßnahmen der Verbandzentrale und beauftragt gleichzeitig die Verbandzentrale, weiter für die Veränderung des Beschlusses zu arbeiten. Dabei hat der Verband keine Aufmerksamkeiten auf die Herstellung einer Zusammenarbeit der beiden Arbeiter-Sport-Internationales gelegt, um eine einheitliche, alle Arbeiterportler umfassende Internationale zu schaffen. Der Verband glaubt, daß die vorgefallenen Maßnahmen gute und zufriedenstellende Resultate mit sich bringen werden.

Die Arbeiterportler unseres Landes wollen für die Einheit der Arbeiterportbewegung kämpfen. Sie wollen ihren eigenen Verband einseitig erhalten und bei der Schaffung einer, alle Arbeiterportler umfassenden Sport-Internationale helfen. Wenn zu der Frankfurter Olympiade schließlich nicht alle Arbeiterportler der Welt eingeladen werden, sind die Arbeiterportler unseres Landes, gleich welcher Parteiung, trotzdem bereit, an den Kämpfen im Rahmen der Einheit der Arbeiterportbewegung teilzunehmen.

Die Sitzung des Verbandes zukt alle Arbeiterportler auf, zur Bekräftigung der Zusammengehörigkeit unserer Mitgliedschaft und Vernehmung der Resultate, für die Frankfurter Olympiade zu arbeiten.

Beltingers, den 10. April 1925.
Sitzung d. Verbandes d. f. d. Arbeiterporters.

Arbeiterport und Gewerkschaften

Die Bureaucratie der Arbeiterportvereine überlagert sich oft in der Betonung der gemeinsamen Interessen der Arbeiterportler und der Gewerkschaftsmittglieder. Wir Kommunisten sind genötigt und auch dafür bekannt, daß wir die zu lösenden Fragen trennen und erörtern.

Warum nur Sporten?
Warum belächeln keine einheitlichen Richtlinien für die Arbeit der Arbeiterportler in den Gewerkschaften?

Warum wird keine intensive Agitation unter den Arbeiterportlern mit Ziel der Organisierung in den Gewerkschaften geführt, warum werden gerade durch die Reformisten auf Tagungen von Verbänden, die der Zentralkommission angehören sind, diese Belächelungen gehindert und vereitelt? Es ist nicht bekannt geworden, daß die Bureaucratie gegen die Reformisten im NSB, in Württemberg vorgegangen ist, weil sie die Annahme des kommunistischen Antrages, jedes NSB-Mitglied müsse sich in seiner zuständigen freien Gewerkschaft organisieren, verhinderten.

Warum muß sich der Arbeiterportler in der Gewerkschaft organisieren?
Die Frage ist sehr einfach zu beantworten, denn der Arbeiterportler ist ein Arbeiter, und jeder Arbeiter der Bourgeoisie auf die Existenz der Arbeiterklasse, der die Arbeitszeit verlängert, die Löhne drückt, die Arbeitsmethoden bis zum äußersten Antreiben und Ausbeutungssystem steigert und Anglud auf Anglud häuft, ist ein Streik gegen den sporttreibenden Arbeiter. In unerhöhtem Maße hat die NSB eingetragene wirtschaftliche Pflichten des Mitglieds als ein Arbeiterportler zu erfüllen, seinen Körper auszubilden und zu härten, ihn gesund und widerstandsfähig zu erhalten.

Im Kampfe gegen den gemäßigten Ansturm der Unternehmungen haben die Reformisten, die Unsterblicher Gewerkschaftsbureaucratie nur insofern einen unsterblichen Anteil, als sie große Bewegungen, wie den Ludwigshafener Kampf und andere, glatt fabrizieren und vereiteln. Die Opposition in den Arbeiterportverbänden gegen die Luzerner Felder basiert gerade auf dieser Erkenntnis.

Im August tagt der 12. Gewerkschaftstages. Die vom NSB veröffentlichte fünfjährige Tagesordnung verrät die Richtung der Bureaucratie. Gegen die Industrierverbände und für Wirtschaftsfrieden im Hindenburg-Glorab heißt das Programm der Leipzig und Tarmow, der Saboteure der internationalen Gewerkschafts-einheit.

Der Arbeiterportler muß Mitglied seiner Gewerkschaft sein, als revolutionärer Kämpfer helfen, aus der wirtschaftsfeindlichen Gewerkschaften zu politisieren. Kassenamtspionage zu realisieren durch seine Arbeit im Betrieb, in der Gewerkschaft und endlich in den Sportorganisationen selbst. Erfolgreich kann diese Arbeit nur sein im Kampfe gegen den Reformismus und für die Ziele und Belange der NSB.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ besteht seit 23 Jahre und war schon im Jahre 1905 mit 40 000 Mitgliedern die größte Radportorganisation der Welt. Die Zahl seiner Anhänger mußte von Jahr zu Jahr und erhöht sich dauernd, weil die Einrichtungen unseres Bundes von keiner anderen Radportorganisation erreicht werden.

Jungfrauen und Jungabnehmer, auch für Euch ist bei uns eine Pflegestätte für den Radport geschaffen. Jungabnehmer sind in allen unseren Ortsgruppen vorhanden und findet die radfahrende Jugend im Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ Gelegenheit für radportlicher Beteiligung. Jugendliche bis zum Alter von 17 Jahren zahlen nur das halbe Eintrittsgeld und Bundesbeitrag. Was bietet nun der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ den Mitgliedern?

Für Eintrittsgeld und Bundesbeitrag wird u. a. gewährt: Das Mitgliedsbuch teilweise unentgeltlich; das Bundesabzeichen wird für eine Mitgliedskarte von 50 Pf. abgegeben, bleibt aber Eigentum des Bundes; Unterstufungen bei allen Radfahrten, welche Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, nach dem ersten Jahre der Mitgliedschaft; Unterstufungen bei Radfahrten mit tödlichem Ausgang, auch im ersten Jahre der Mitgliedschaft; vollständige Bezahlung in den höchsten in der Radportbewegung für das Radfahren; Haftpflichtversicherung bis zur Höhe von 5000 Mk.; Diebstahlversicherung bis zur Höhe von 40 Mk. gegen Zahlung von 1 Mk. extra pro Jahr und Mitglied; Grenzrenten für vollzeitige Überbreitung der Grenzen mit dem Fahrrad; Radfahrergesellschaften, Straßenräuber oder Führer für die Mitgliedschaften und Mitglieder zu billigen Preisen; kostenlose Kleidung unserer Zeitung; „Der Arbeiter-Radfahrer“. Die im großen Format herausgegebene Bundeszeitung erscheint in einer Auflage von 350 000 und ist die einzige Radfahrzeitung, die jede Unterstufung von Fabrikanten und Fahrradhandlungen verschmäht. Darum ist sie auch die einzige Zeitung, welche die Interessen der Radfahrer gegen die Vertreter des Kapitals und gegen alle Belächelungen richtig darstellt.

Der Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ angegliedert ist das Fahrradhaus „Fritz auf“. Dieses Unternehmen, welches 1908 gegründet wurde, bewirkt die Belieferung der Bundesmitglieder mit Fahrrädern und deren Zubehör und Ersatzteilen, sowie Hilfsmitteln und anderen Artikeln. Fahrräder, besonders Sonnenmaschinen, werden im eigenen Werk in den 16 Jahren seines Bestehens einen guten Ruf bei den Bundesmitgliedern erworben, was jedenfalls als Beweis für seine Leistungsfähigkeit und die Güte seiner Erzeugnisse betrachtet werden darf. Pflicht der Bundesgenossen ist es daher, im eigenen Geschäft zu kaufen und nicht preisqualifizierende Fabriken zu unterstützen, die unsere Erzeugnisse unterbieten, die den Achtundtag mit Hilfe ihrer Bata von der SPD befehligen und die Arbeitslöhne fortwährend weiter herabsetzen und damit die Arbeiterport zum Elend überliefern.

Arbeiter-Radfahrer und Radfahrern! Schließt Euch dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ an und bekennt damit, daß Ihr Euch nicht im Schlepptau der bürgerlichen Radportvereine bewegen laßt, die sich alle in den Dienst des Kapitals stellen und von den Kapitalisten in irgendeiner Form Unterstützung erhalten. Darum: Heut, Ihr radporttreibenden Arbeiter und Arbeiterinnen, aus den bürgerlichen Verbänden! Gebet Eure Zugehörigkeit zur proletarischen Klasse und tretet ein in den großen Radportverband der Welt mit seinen 350 000 Mitgliedern, in den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“!

Verantwortlich: Max Vahmann, Gießen, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Einzelhandel: Fritz Aeb, Halle, Verdenstraße 23

Fahrad- und Motorrad-Reparatur, Berliner Straße 23

Talicht, die brotreiche Stadt

Von Alexander Kemerow.

Die Bauern hatten sich an dem warmen Essen gefestigt, wurden heiter. Drei von ihnen legten sich den Frauen auf den Schoß, drei öffneten ihre Beutel, um das Geld nachzurechnen. Einer hatte einen ganzen Haufen Zerschnitzeltes und sich hingelagert, ein anderer hatte sich Silbermünzen in den Schoß geschüttelt. Die, die den Frauen auf dem Schoß lagen, stimmten ein Lied an, Zetopla lief davon, seine Hufe verlaufen.

Den ganzen Tag gingen Bettler durch die Wagen: Frauen mit Kindern, dürftige Bauern. Sie sammelten die weggeworfenen Knochen auf, schauten durch die Wagenfenster mit hoffenden, eingefallenen Augen. Sie weinten, flehten, streckten die Hände aus. Michka betam Angst beim Anblick des fremden Hungerleides. Wenn man nur diesen Dreck schnell vertrieß! Gut, daß ihn die Bauern plaudern, sonst hätten sie ihn aus dem Wagen hinausgeworfen. Die Bauern ihn gerade!

Gegen Abend verpöchte Michka Drang zum Ausreiten, doch den Wagen durfte er nicht verlassen. Michka biß die Zähne zusammen, zog die Gebärme ein, daß sie nicht plätsch. Was war er doch dummkopf! Hat so viel Wasser getrunken, das sie nur bis zur nächsten Station... Jetzt kann es nicht länger aushalten, sonst geschieht ihm noch was.

Lange bewegte sich Michka unruhig hin und her, zog den Bauch ein, drückte die Gebärme nach innen, biß die Zähne zusammen. Er konnte es nicht länger aushalten, sich sah um. Im Wagen wenig Menschen. Zwei Frauen sahen mit dem Rücken zu ihm, ein Bauer lag in einer Ecke: „Und die Cherubine...“ Michka schaute die Schulter an die Tiere, als schäme er auf die Ständer hinaus, und begann leise sein Wasser abzulassen, damit es kein Geräusch machte. „Gott sei dank! Fertig!“

„Was muß man geben?“
„Hundert Rubel pro Kopf.“
„Diese Gauner!“

„Still, Onkel Jwan, schimpf nicht! Bleiben wir hier stehen, kostet es noch mehr!“
Die Bauern lehnten sich in dem dunklen, überfüllten Wagen im Kreise, brachten die ätzernden Bärte vor wie haareisse Hegen, öffneten unwillig die Holentlöcher, zogen mit ätzernden Händen aus den Unterhosen die wuschelhaften Jeansrubelbeine. Schmerzt die Bauernöpfe verdient! Die Geldbeine rascheln im Dunkeln, die zerwulsten Bärte bewegen sich hin und her, stoßen einander.

„Haben alle gegeben?“
„Aber...“
„Und der Junge?“
„Red ihn mal!“
„De Du, Knecht! Gib Geld!“
Michka will den Kopf in den Säcken verbergen, doch die Beine schauen vor. Verbirgt er die Beine, dann schaut der Kopf vor. Und die Bauern reden um ihn herum und zupfen ihn von allen Seiten.

„Hört Du denn nicht?“
„Gib Geld her!“
Michka darf nicht lange überlegen, sonst durchschauen ihn die Bauern; ohne zu überlegen geht es aber auch nicht. Michka hebt den Kopf, langt unzufrieden in die Tasche.

„Was hat eine Schere?“
„Was hast Du?“
„Im das Futter aufzutunnen. Da ist das Geld eingedrückt.“
„Marja, gib ihm ein Messer!“
Michka fand einen feinen Papier in der Tasche, den er auf einer Station aufgehoben hatte, sagte laut, indem er die bebende Hand ausstreckte:

„Wo sammelt das Geld? Hier, nimm!“
„Weniger!“
„Hundert!“
Der dunkle Wagen hatte ihn gettet.

Zetopla zerdrückte Michkas Papier in der schmutzigen Faust, ließ weg, den Mühsaligen suchen. Vor Aufregung schwindete Michkas Kopf, sein Herz schlug rüchlich vor Freude.
„Das sind Menschen! Habe ihnen vom Onkel vorgelesen, sie glauben's, habe ihnen fünf Geld Papier gezeigt, sie glauben's.“

Entweder hatte Michka Glück, oder aber die Bauern waren sehr dumm. Merkwürdig!

Und doch war es unheimlich.
Zetopla sann zurückkommen und sagen:
„Wirst diesen Gauner aus dem Wagen! Er hat mir einfach Papier in die Hand gebracht...“

Michka preßt den Kopf mit beiden Händen vor Angst, denkt nach. Er macht sich über Zetopla, den Bauer aus Buland, lustig, zugleich aber sieht ihn unter dem Hemd die Angst wie mit Waden.
Zetopla leckt ruhig, flüster den Bauern zu:

„Gemein! Dreihundert Wert fahren mit mit dieser Lokomotive, ohne zu halten. Wer find auf einen guten Waghstimm getreten.“
„Sei laut er, Genossen, merke Euch im Sta hindringen, denn ich verleihe Ihre Rüge ganz und gar.“
„Der war also richtig!“
„Gerate lo einen drauchten wir!“
„Das ist schön.“
Und Michka lächelt im Dunkeln.
„Das ist aber kein!“

Stille, endlose Stillenheppe weilt und dreht. Von allen Seiten umflutet sie alle, zerfließt wie Wasser. Läßt sie nicht mehr wärts. Die Lokomotive spielt mit ihren höherren Gläsern, stimmt immer auf demselben Fied zu lauten, ruft mit bester Stimme um Hilfe. Sie erstickt, sie schwebt eine weisse, dicke Dampfwolke aus. Der weisse Dampf schmilzt, wird von schwarzem Schornsteinrauch gerührt. Die Räder rasten, die Wagen zittern.

Die Kräfteheppe läßt nicht vorwärts, Stille und Endlosigkeit halten den Zug an seinem gewundenen Schenke fest. Nur herab auf die Lokomotive wärts, merke ihren Kopf bei Neigung, bricht sich entweg, windet sich wie eine dünne Schlange, löst auf. Bräiden mit spielenden Rädern, spritzt matter, erdichtet flint mit den höherren Gläsern, springt dann auf einen Hügel wie ein entsehter Hase, um dann wieder gefesselt und voller Wut ihren langen, heißen Schwanz nachschleppen.

Gewerkschaftsbewegung

Achtundtag und Gewerkschaftstongreß

Die Tagung des Bundesausführenden des DGB, am 19. Mai hat die Bundesleitung nach eingehender Tagesordnung des diesjährigen Gewerkschaftstongresses einstimmig angenommen. Das heißt, er ist mit der Absicht des Bundesvorstandes vollkommen einverstanden, an den wichtigsten Fragen der Arbeiterbewegung eine Stellungnahme vorzubereiten.

Wir haben nun ferner (20. 5.) schon einmal gesagt, welche Fragen vor allem auf der Tagesordnung stehen. Wir wollen uns demnach mit der wichtigen Frage des **Achtundtages** und dem Kampf um seine Wiedereröffnung. Warum drückt sich der Bundesvorstand nach dieser Frage, die doch tagtäglich in allen Betrieben, in jeder Gewerkschaft, bei jedem neuen Tarifabschluß auf der Tagesordnung steht? Jede Bundesausführung hat sich mit der Tagesordnung großen Kampfes angenommen. Aber auf der Tagesordnung des Bundeskongresses steht sie nicht. Die Reformisten werden den Arbeitern in den Gewerkschaften wahrscheinlich erklären, der Achtundtag sei eine Frage der Sozialpolitik, die sich im Rahmen der Bundespolitik zu einem bestimmten Tagesordnungspunkt vorzubereiten.

Aber daß eine solche Argumentation falsch ist, gibt indirekt sogar die „Solidarität-Zeitung“ an, in der es (Nr. 20) heißt:

Der große Randrad muß auf die Selbsthilfe gestellt werden. Wir müssen mittels unserer Gewerkschaften auf das Nachdrücklichste für die Durchführung des Achtundtages in der Praxis kämpfen. Nur können die Ausrichter für einen Erfolg weit günstiger als für eine gescheiterte Aktion. Es ist eine alte Erfahrung, daß auf dem Gebiete der Sozialpolitik die Gewerkschaften den tatsächlichen Beschäftigten der Regel nachstehen. Wir müssen damit rechnen, daß dies auch beim Achtundtage der Fall sein wird. Der Druck auf die Regierung und die gewerkschaftlichen Körperschaften zur Realisierung des Wahlbündnisses Abkommens darf nicht nachlassen, aber unabhängig davon muß der gewerkschaftliche Kampf für die Durchführung des Achtundtages geführt werden, dessen Ziel mit größter Klarheit verfolgt werden, und wir werden es erreichen.

Die „Solidarität-Zeitung“ legt also selbst, daß der Achtundtag vor allem eine Frage des gewerkschaftlichen Kampfes und erst in zweiter Linie eine Frage der Sozialpolitik ist, die sich erst aus dem Erfolg des Kampfes ergibt. Der Kampf um den Achtundtag geht selbst als das heutige wichtigste Problem der deutschen Gewerkschaftsbewegung, das zugleich vom höchsten Sinngehalt aus, als eine Frage der Sozialpolitik ist, als besonderer Tagesordnungspunkt auf den Gewerkschaftstongreß.

Aber das würde der ganze Inhalt des DGB, widersprechen. Er hat bisher die Frage des Achtundtages nur als parlamentarische Frage gestellt und dabei folgende Gründe angeführt: Aus dem Kampf um den Achtundtag entstehen der deutschen Bourgeoischichtgewerkschaften in ihrer Eigenschaft als Arbeiterbewegung die durch die Erfüllungspolitik führt sich der DGB, aber verpflichtet, solche Schwierigkeiten zu umgehen. Im Parlament aber ist die Bourgeoisie im Vorteil, und die Reformisten können dabei sogar noch Opposition machen. Wie sehr der DGB eine einheitliche Anstellung dieser Frage vor dem Nationalrat, sagt, daß er nicht einmal den Beschäftigten beschützenden Kampf mit dem Nationalrat der Zeit betamündet. Im nächsten Falle soll also die Frage des Achtundtages in Deutschland unter den Fragen der Sozialpolitik vorzubereiten werden, wo er nicht der Massenmobilisierung zum Kampf gegen die Bourgeoisie dienen wird.

So wie mit dem Achtundtag steht es mit den anderen Fragen der gewerkschaftlichen Praxis, an welchen der Kongreß nach dem Willen der Arbeiterbewegung, die sich im Rahmen der Tagesordnung zu stellen und in der Vorbereitung aufzuführen, die zum Kongreß Stellung nimmt, ist die Aufgabe insbesondere der oppositionellen Gewerkschaftsmittelglieder.

DGB und Annexion

Der 11. Leipziger Gewerkschaftstongreß hat folgende Entschließung zur Freilassung der politischen Gefangenen angenommen:

Der 11. Gewerkschaftstongreß protestiert aus schärfster gegen die unerhörten Verbrechen der Klassenjustiz der deutschen Republik gegen revolutionäre Arbeiter. Er ist aus tiefster Empörung gegen die falschen Vorbereitungen der Märzaktion 1921 durch die Regierung Deutschlands am 12. und 23. Februar 1921. Der DGB, der Protokoll des Untersuchungsanwaltes des Preussischen Landtages, über die gewaltsamen Mordanschläge tausender Arbeiter durch die „republikanische“ Schuppe (siehe oben) und über die massenhafte Enterung revolutionärer Arbeiter durch die Sondergerichte.

Der Kongreß verlangt die sofortige Freilassung aller der Verhafteten politischen Gefangenen und eine umfassende Amnestie für alle politischen und bürgerlichen Widerstandskämpfer und Arbeiter. Er fordert den Bundesvorstand und alle Gewerkschaften an, alle Mittel anzuwenden, um den politischen Gefangenen und verfolgten Klassenkämpfern die Freiheit zu erkämpfen.

Aus dem Ausland-Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation

(Fortsetzung)

b) In Privatbetrieben. Die Politik in Bezug auf Streiks in Privatbetrieben ist, wie vom 5. Gewerkschaftstongreß festgestellt ist, vor allem gerichtet, daß dazu nicht alles auf Zufall genommen werden sollte, und es scheint, daß die Gewerkschaften im großen und ganzen zurückhaltend gewesen sind. Wenn es zu einem Streik gekommen ist, so gewöhnlich über einen Streitfall, der aus einem Streikspruch entstanden war. Solche Streiks in Privatbetrieben betrafen von 99 mit 4900 Arbeitern im Jahre 1922 auf 336 mit 3200 Arbeitern im Jahre 1923 an. Ihre Dauer lag gleichfalls um 40 Prozent. In 64 Prozent der Fälle handelte es sich nicht um Löhne, sondern um die Arbeitsbedingungen, und in 76 Prozent der Fälle wurden sie gänzlich, in 11 Prozent teilweise zugunsten der Arbeiter geteilt.

c) Arbeitsvermittlungsdienstleistungen. Die Rückkehr zum freien Arbeitsmarkt nach den streikbedingten Entlassungen zur Arbeitsstelle in Arbeitsvermittlungsdienstleistungen der letzten Art zu werden. Und im Jahre 1922 betrafen die Gewerkschaften, daß die Leitung der Arbeitsvermittlungsdienstleistungen in Gemishte Ausschüsse aus Vertretern des Arbeitskommissariats, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände reorganisiert wurden. Der Vorsitzende des Gemischten Ausschusses wird von den örtlichen Arbeitsvermittlungsdienstleistungen, und ferner gibt es drei Ausschüsse, die den Provinzvermittlungsdienstleistungen, und drei Vertreter des Provinz-Gewerkschaftsvereins. Die Entschüssungen des Ausschusses können von der örtlichen Arbeitsvermittlungsdienstleistungen abgewiesen werden, und in diesem Falle kann eine Beschwerde nach Moskau gerichtet werden. Wenn die Arbeitslosigkeit in irgendeiner Abteilung ein gewisses Maß erreicht, so werden besondere technische Abteilungen von der Regierung eingerichtet, um sie zu behandeln. Diese technischen Abteilungen, die mit ihrer Gewerkschaft arbeiten, überprüfen oft die Arbeitsvermittlungsdienstleistungen.

Arbeitslose über 16 Jahre, ob sie nun andere Unterstümmittel besitzen oder nicht, müssen eingetragene werden, jene, die einen Wechsel ihrer Arbeitsstelle suchen, dürfen eingetragen werden. Qualifizierte Arbeiter müssen einen Beweis ihrer Qualifikation erbringen. Arbeitslose Angehörte werden, bevor sie eine Arbeit übernehmen, befragt, und nur in der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit erhalten sie eine andere Arbeit als ihre eigene. Sie müssen sich monatlich prüfen lassen, und wenn sie dies nicht tun, werden sie aus den Eintragungen gestrichen, was einen Verlust der

Was hat der DGB, bisher getan, um diese Forderungen des 11. Gewerkschaftstongresses auszuführen?

Nichts, aber gar nichts! Die Arbeiter in den Gewerkschaften müssen den DGB, an den Beschluß des Gewerkschaftstongresses erinnern und nun ihm untertänig die Durchführung dieses Beschlusses verlangen. Dabei muß betont werden, daß auch in diesem Falle die Freilassung der politischen Gefangenen ein Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung sein muß. Nur ein einheitliches revolutionäres Gewerkschaftsbewegung hat die Kraft, gegenüber der monarchistischen Außenregierung die proletarischen Forderungen durchzusetzen. In diesem Sinne muß die deutsche Arbeiterklasse in der nächsten Zeit alle Kräfte mobilisieren. Dann werden auch die politischen Gefangenen des Sozialismus wieder in die Kampfposition der roten Front zurückzuführen.

Kampf für die Reichs-Wochenhilfe!

Der Mitteldeutsche Krankenfürsorgeband teilt unter dem 27. Mai mit:

Bernigrode, den 27. Mai 1925.
Die heutige ordentliche Mitgliederversammlung des Mitteldeutschen Krankenfürsorgebandes erhebt schärfsten Widerspruch gegen den von Reichsminister vorgeschlagenen Plan, ein Gesetz über die Reichs-Wochenhilfe, dessen Anforderungen an die Einmahnen der Krankenfürsorgebande ohne Erhöhung der jetzigen Beiträge. Eine solche nicht unbedeutende Erhöhung kann bei der unangünstigen wirtschaftlichen Lage der Landbevölkerung den Gemeinden und Kreisen nur mit außerordentlichem Aufwand der Aufbringung der Mittel zur Deckung der Kosten der Wochenhilfe eine bedeutungsvolle Maßnahme ist, ist Sache des Reichs, nicht der Krankenfürsorgebande.
Die Entschließung ist den beteiligten Gewerkschaftsorganisationen übermittelt worden und es ist dringend erforderlich, daß sie von den Verbandesorganen der örtlichen Kreise weitergegeben wird.

Es ist eine alte Forderung der Kommunistischen Partei, daß der Staat die Kosten für Krankenpflege, Renten und genau für hilfsbedürftige Frauen und ihre Kinder übernimmt. Wie ja auch in Sowjet-Rußland gerade auf dem Gebiete des Mutter- und Kinderfürsorge die weitgehendsten staatlichen Maßnahmen getroffen sind.
Die reformistische Krankenfürsorgebande hat — genau wie die Gewerkschaftsorganisationen — solche Forderungen bisher stets als „unpolitisch“ verkehrt und den Kampf der Arbeitermassen für diese Forderung nicht unterstützt. Daves-Beziehungen usw. bildeten das Argument für ihre Kampfpläne.

Nachdem nun wieder einmal ein Gegenstand vorliegt, der die Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich für die Krankenfürsorgebande mehr befasst als bisher, ist es an der Zeit, daß die Krankenfürsorgebande zusammen mit den Gewerkschaften endlich den Kampf gegen diese Kapitalistenoffensive organisieren. Die neuen Elemente würde die Zollebatten zeigen sehr deutlich, daß die Bourgeoisie die Kosten des Daves-Planes nur auf die Verfallenen abwälzt. Wenn die Arbeiterklasse in diesem Kampfe nicht kämpft, daß die Kapitalisten die Kriegs- und Daves-Pläne tragen müssen, wenn die Arbeiterklasse den Daves-Plan als den Fall ihrer nationalen und internationalen Verleumdung bekräftigt, dann ist auch die Frage der staatlichen Wochenhilfe gelöst.
An den Arbeitern und Arbeiterinnen selbst liegt es, daß die Krankenfürsorgebande in diesem Kampfe nicht zurückbleiben werden. Die Krankenfürsorgebande dürfen auf keinen Fall Verschleierungen in der Wochenhilfe vornehmen, sie müssen den Kampf gegen die weitere Ausdehnung der Proletarierinnen ernstlich aufnehmen.

Der DGB für engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften

Der Internationale Bund der Arbeitergeopol hat in Hamburg seinen 5. Bundesstag abgehalten und u. a. folgende für alle Gewerkschaften bedeutenswerte Resolutionen gefasst:

Der 5. Bundesstag des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit erklärt, daß in Anbetracht der immer schärfer werdenden Offensive des Kapitals und seiner Regierungen die Lage der Opfer des Krieges und der Arbeit immer bedrohlicher und das Heer der Arbeiteropfer und Invaliden sowie Sozialrentner immer größer wird.

Um ihre Lebensforderungen wirksamer als bisher zu vertreten und durchzusetzen, betont der Bundesstag die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit der gesamten Arbeiterklasse und ihren Klassenorganisationen.
Der Beschluß des Bundesstages, sich besonders an die organisierten Arbeiter in den Gewerkschaften des DGB, der IFF, und IAB, und ihre Organisationen zu wenden, um durch die Forderung der gemeinsamen Interessen und Kampfaufgaben mittels der Verbände- und Kongreß-Tagungen ihre Unterstützung sowie ein geschlossenes Vorgehen zu erreichen.

Die Arbeiterklasse ist das höchste Vorgehen aus internationalen leitenden des Internationalen Bundes erforderlich, um sich an die Arbeitermassen der Berufsinternationalen, an den DGB, und an die IAB, sowie ihre Organisationen zu wenden zwecks Herstellung der nationalen und internationalen Kampfeinheit.

Unterstützung oder der Umschreibung auf das Ende der Liste mit sich bringt. Theoretisch sollen alle Arbeitsaufnahmen durch die Arbeitsvermittlungsdienstleistungen gehen, aber von allem Anfang an wurde das Recht der Unternehmung anerkannt, den Arbeiter zurückzuweisen, der ihr entgegenkommt.

Die Arbeitsvermittlungsdienstleistungen haben sich jedoch als ungeeignet erwiesen, mit dem schnellsten Anwachsen der Arbeitslosigkeit fertig zu werden, das der Demobilisierung der Arbeitsträger folgte. Im Jahre 1922 war die Arbeitslosigkeit sehr ernst, und ihre Durchschnittdauer betrug zwei bis vier Monate. Im Jahre 1923 liegt sie auf acht Monate. Die Register waren zur Hälfte mit Arbeitslosen voll, die Arbeit suchten, für die sie nicht qualifiziert waren und sich nur wegen der Vorteile hatten eintragen lassen, die den Arbeitern zufließen. Die wirtschaftlichen Arbeiter konnten nicht untergebracht werden. Dann entstand die Übung direkter Arbeitsaufnahme, die der formellen nachträglichen Befähigung durch die Arbeitsvermittlungsdienstleistungen unterworfen war, was zu vielen Widersprüchen Anlaß gab. Auch entwickelten sich ungeheure Arbeitsvermittlungsdienstleistungen. Im Frühjahr 1923 gab es eine starke Bewegung, die die Arbeitsaufnahme durch die Arbeitsvermittlungsdienstleistungen zu einem freimilieuigen machen sollte; und durch die Regelungen vom 13. August 1923 wird das Recht auf direkte Arbeitsaufnahme anerkannt und bedarf nur der Eintragung. Anzwischen hat sich die Arbeit der Vermittlungsdienstleistungen durch die Schwierigkeit, das grundsätzliche Recht der Befähigten auf Arbeit mit dem tatsächlichen Rechte der Unternehmer, die abzunehmen, in Arbeitseinstimmung zu bringen, noch weiter desorganisiert.

Arbeitslosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit setzte im Herbst 1922 mit dem Abbau der übermäßig angelegenen Beamtenschaft des Kriegskommunismus ein und wuchs mit der Entlassung einer ganzen Bevölkerung, die praktisch Staatspensionisten waren aus den industriellen Lohnbeziehungen. Diese wurden durch die Opfer der Kriegsjahre den Erparnissen im Geschäftsbereich und anderwärts hinzugefügt, die im Jahre 1923 fast 70 Prozent der Gesamtbevölkerung betrug. Da diese Arbeitslosen zum größten Teil Nichtproletarier waren, muß ihre Sache zuerst eine übermäßige Beunruhigung; und, wie anderwärts, scheinen diese Unglücklichen sehr ziemlich aufgelaugt zu sein. Aber ihre Zahlen liegen die Eintragungsdienstleistungen der Arbeitsvermittlungsdienstleistungen, die die Arbeiterbewegung des letzten Jahres durch mehrfache Versuche als ununterbringbar angesehen trachtete. Mäandere Erfolg in dieser Beziehung ist wahrscheinlich teilweise die Ursache der furchtlichen Abnahme der Zahlen der arbeitslosen geistigen Arbeiter. Das Anzeichen der Arbeitslosigkeit bei unqualifizierten Arbeiter ist teilweise ihrer Rückkehr in die

20%ige Lohnforderung im mitteldeutschen Bergbau

Am 27. Mai fand in Halle eine Besprechung der am Tarifvertrage für den Braunkohlenbergbau beteiligten Organisationsvertreter statt, auf der beschloffen wurde,

die Schichtarbeit sofort zu kündigen und beim Arbeitgeberverband eine Forderung von 20 Prozent einzureichen und baldmöglichste Verhandlungen darüber zu verlangen.

Ferner wurde vereinbart:

1. Die reine Arbeitszeit der Arbeiter nichtdurchgehender Betriebe beträgt in der Sonntags- und Feiertags-Schicht die Schicht endet um 4 Uhr nachmittags und wird als volle Schicht vergütet. Eine Beurlaubung nach am Sonntags nicht gewährt.
2. Die Arbeiter in durchgehenden Betrieben, deren Sonntags- und Feiertags-Schicht gemäß Schichtspruch vom 22. Dezember 1923 Ziffer 1c nicht verkürzen läßt, erhalten einen Zuschlag zu ihrem Lohn von 1,5 Prozent Schichtlohn.
3. Arbeiter in durchgehenden Betrieben, deren Schichtzeit um 4 Uhr endet, werden gemäß obiger Ziffer 1 bezahlt.
4. Diese Vereinbarung tritt am 25. Mai in Kraft.

Reformistische Spaltung der japanischen Gewerkschaften

Es ist bekannt, mit welchen verwerflichen Mitteln die Reformisten arbeiten, um ihnen unliebame Arbeiter nicht nur aus den Gewerkschaften auszuschließen, sondern auch um ihre reformistischen Forderungen zu retten und angelehrt mit dem Kapital zu arbeiten. Sie sind auch nicht scheuen, die Schlichtkraft der Arbeiter durch zu lähmen, indem sie die Gewerkschaften spalten. Die neueste Glanzleistung dieser Art haben sie in Japan gemacht.

Der reformistische Bundesvorstand hat Mitte April sämtliche Verbände aus dem Gewerkschaftsbund ausgeschlossen, deren Ziel eine formale Mehrheit war. Dabei sind die Gewerkschaften in Japan von der Weißen Reaktion verfolgt und unterdrückt. Die Spaltung bedeutet so viel wie die Auslieferung Tausender von Gewerkschaftsfunktionären an die schärfsten Terror der weißen Front.

Gegen das Verbot in Japan muß die internationale Arbeiterklasse aus härtester Front machen und um so mehr den Kampf um die Einheit der Gewerkschaften führen.

Verbandstag der Deutschen Beteiligungsarbeiter-Verbandes

Am 17. des Verbandesorgans beruft der Deutsche Beteiligungsarbeiterverband nach Leipzig ein.

Alle zum Verbandstag zu stellenden Anträge müssen bis mindestens acht Wochen vor Zusammentritt, das heißt, bis Montag, den 8. Juni, an die Zentralleitung eingeleitet sein. Bis spätestens 25. Mai muß nach dem im Verbandesorgan aufgestellten Wahlreglement die Kandidatenaufstellung vorgenommen werden. Die Hauptwahlen müssen bis 16. Juni 1925 erfolgen.

Es gilt, diese kurzen Fristen auszunutzen, um auch auf diesem Verbandstage durch die Wahl von Kandidaten der Opposition die Meinung der revolutionären Arbeiterklasse zum Ausdruck bringen zu können. Für die Beteiligungsarbeiter der Zeitschiff Halle, Merseburg, Raumburg und Torgau ist der Genosse Wolf Wachsitz (Schneider), Quedlinburg der richtige Kandidat.

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen

Der Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen teilt mit:

Zum Verbandstag am 29. Juni in Hamburg sind folgende Delegierte zu wählen:

- Demuth, Hermann, Erlurt;
- Geier, Walter, Altenburg;
- Körner, Dolar, Gera;
- Scheibe, Paul, Halle.

Zwei Delegierte und zwei Ersatzdelegierte sind zu wählen. Die Delegierten sind mit je einem X, die Ersatzdelegierten mit zwei X zu bezeichnen.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Gießen. Sonntag, den 7. Juni, vormittags 9 Uhr, im „Volkshaus“ Kartellführung. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, muß jeder Delegierte erscheinen.

Halle. Alle kommunistischen Ehemänner müssen unbedingt am Freitagabend um 1/8 Uhr zu einer wichtigen Sitzung in der Produktiv-Gewerkschaft, Zimmer 4, erscheinen.

Städte auszuführen, die jetzt stattfindet, da der Kriegskommunismus und der Nahrungsmangel glücklicherweise vorüber sind. Immerhin sind bis jetzt nur 54 Prozent der vor dem Kriege in der Industrie beschäftigten Arbeiter wieder aufgenommen worden; der Rest ist arbeitslos oder auf dem Rand der Arbeitslosigkeit.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in 84 Städten und 219 Bezirken betrug am 1. Dezember 1923 1.042.000 und am 1. April 1924 1.369.000.
Der Prozentsatz der Arbeitslosen unter den gewerkschaftlich organisierten wuchs von 8,6 Prozent am 1. Oktober 1923 auf 11,7 Prozent am 1. Januar 1924, ein Anzeichen, das auf die Zeitperiode zu schließen war. Unter den Lehrern betrug der Prozentsatz 24. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Mittelklasse, besonders die Frauen den Lehrberuf überflutete, um unter dem Kriegskommunismus Rationen zu erhalten. Der Prozentsatz gewerkschaftlich organisierter beträgt 41; dies ist auch der allgemeine Prozentsatz bei den Arbeitlosen von Moskau und Kenningrad.

Der Prozentsatz der Frauen unter sämtlichen Arbeitslosen ist sehr hoch, nicht weniger als 40 Prozent. Der Prozentsatz der beschäftigten Frauen unter allen Beschäftigten ist von mehr als der Hälfte im Jahre 1922 auf nahezu ein Viertel im Jahre 1924 gefallen. Da dies in der Tat eine Verarmung des weiblichen Geschlechts ist, werden besondere Maßnahmen unternommen, um die Frauen wieder zur Arbeit zurückzuführen.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Behandlung des Übels der Arbeitslosigkeit ist sehr denen bei uns ähnlich. Die gleiche Art des Programms öffentlicher Arbeiten (einschließlich der allgemeinen Elektrifizierung), das in der gleichen Weise durch die Notwendigkeit von Erparnissen gehindert wird. Die Ausgaben im Jahre 1924 betragen 1.700.000 Rubel, und 1.500.000 Arbeitslose Beschäftigung wurden vergeben.
Öffentliche Arbeiten zur Hilfe für die Arbeitslosen wurden in der Hand genommen, aber die Unternehmungen waren nicht sehr ausgedehnt und hatten keine sehr große Wirkung. Ungefähr 5 bis 7 Prozent der Arbeitslosen wurde geholfen.

Was die Stellung der Regierung dieser Frage gegenüber betrifft, so wirkt der letzte Bericht an den Gewerkschaftstongreß (Seite 205) ein interessantes Licht darauf. Unter den Beschäftigten der öffentlichen Arbeiten der öffentlichen Verwaltung und angelehrt der Konzentration der Hauptindustrien in den Händen der Regierung sind öffentliche Arbeiten kein gelbes Geniem für die Behandlung der Arbeitslosigkeit. Die Unternehmungen sollten besser auf die Ausdehnung der Industrie gerichtet werden.